

Eine Leserin, die Geschäftsführerin des Verbandes kinderreicher Familien Thüringen ist, schreibt zum Artikel von Theresa Martus „Corona-Mütter zahlen hohen Preis“ in der TLZ vom 25. August:

Die Befürchtung des DIW-Teams, dass sich in künftigen Krisen bestehende Ungleichheiten erneut zulasten von Müttern verstärken könnten, greift zu kurz. Sie richtet den Blick vor allem auf die Unterschiede zwischen Müttern und Vätern und blendet dabei eine zentrale Ungleichheit aus: die zwischen Menschen mit und ohne Sorgeverantwortung.

Landfristige Folgen für die Altersvorsorge bedenken

Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass Menschen ohne unmittelbare Sorgeverantwortung ihren Alltag unter den Einschränkungen kaum anders organisieren mussten. Auch sie waren von Kontaktbeschränkungen, Schließungen im Kultur- und Freizeitbereich und Veränderungen im Arbeitsleben betroffen. Sie mussten jedoch nicht zusätzlich ihre Arbeitszeit reduzieren, um Kinder zu betreuen und zu beschulen oder pflegebedürftige Angehörige zu versorgen. Die damit verbundenen finanziellen Einbußen und möglichen langfristigen Folgen für die Altersvorsorge treffen bis heute Menschen mit Sorgeverantwortung.

Die Aufteilung der Care-Arbeit erfolgte während der Pandemie dabei nicht zwangsläufig nach traditionellen Rollenbildern, sondern nach den konkreten Möglichkeiten der jeweiligen Familie wie etwa nach Arbeitszeitenumfang, Homeoffice-Möglichkeiten, Schichtarbeit, Arbeitswegen, Einkommensverlusten, beruflicher Unabkömmlichkeit sowie Anzahl und Alter der Kinder.

Familienarbeit jetzt anerkennen und fair entlohnen

Unterschiedliche Rollen innerhalb einer Familie sind grundsätzlich kein Makel. Eine flexible, eigenständige Aufteilung der Aufgaben stärkt Familien und hat sich gerade in der Pandemie bewährt. Gesellschaftlich wichtig ist daher, die Leistungen von Familien als Ganzes anzuerkennen, statt sie auf die Rollen von Müttern und Vätern zu reduzieren.

Die zentrale Lehre aus der Pandemie muss sein: Sorgearbeit ist eine gesellschaftlich unverzichtbare Leistung. Wer Verantwortung für Betreuung und Pflege übernimmt, darf dafür finanziell nicht benachteiligt werden, unabhängig vom Geschlecht.

Katrin Konrad, Weimar